

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Ruben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Schlichte Staatsbank,
Dresden, Bank d. Arbeiter, Ange-
stellten u. Beamten, No. Dresden,
Gebrüder Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion ist es durch oder ohne Einfluß dieser Anzeigen, daß der Besteller der Dresdener Volkszeitung seinen Anbruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Republik mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wollen, Lust“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., Halbjährlich 12 M., wochentags 2 M., einjährig 20 M. (Postgebühren) Beilage nur mit „Sonntag“ 1,00 M., sonst 1,50 M. und Zustellungsgebühren.

Abbestellung: Bestimmungstag 10. Bernauerstr. 20 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Wochenspende: Bestimmungstag 10. Bernauerstr. 20 201 u. 12 707.
Wochenspende von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags
Telegraphen-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normzeile 35 Pf., die 20 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M. abwärts Preisänderung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Reiseführer 20 Pf. netto. Für Brieflieferungen 10 Pf. Einmal, 10 Pf.

Nr. 144

Dresden, Mittwoch, den 22. Juni 1932

43. Jahrgang

Die peinliche Frage

Von Paul Lbbe, Präsident des Reichstags

Herr Goebbels hat einen Armeebefehl herausgegeben, von Papen und seiner Regierung darf in diesem Wahlkampf nicht gesprochen werden. Neuigkeiten sind nicht beliebt. Man bitte, sich auf Altenglische zu beschränken, auf Brüning und Groener, die Novemberlinge und den Alten Fritz.

Das möchte den Herren so passen — beim Bestritten zu verweilen. Wir sind so frei, neugierig zu sein, und werden, all den Schwelgern den Mund zu öffnen versuchen. Wir werden immer wieder fragen, hundertmal peinlich werden, jeden braunen Husaren interpellieren:

Warum schreist du nicht: „Nieder mit der Regierung Papen!“, wie du „Nieder mit der Regierung Brüning!“ gerufen hast? Warum auf einmal nicht mehr „Weg mit den Rotverordnungen!“ — „Schluß mit den drückenden Steuern!“?

Ist Herr von Papen gegen die Franzosen und Polen schneidiger losgegangen als seine Vorgänger? Hat er in Couronne mehr „nationale Würde“ an den Tag gelegt als die? Mit nichten! Er hat seine Ansprachen französisch gehalten, wo Stresemann, Hermann Müller, Curtius und Brüning deutsch sprachen. Er hat sich beim Händeschütteln mit Galeffi, dem polnischen Ministerpräsidenten, der tugendete Male versichert hat, sein Führer Wobens vom Korridor fehr zu Deutschland zurück, photographieren lassen. Er hat in seiner Rede kein Wort von der Kriegsschuldfrage erwähnt, nichts von der Aufhebung des Vertrages von Versailles. Er hat die Rot Deutschlands genau so einbringlich und dornheim geschilbert wie seine Vorgänger und dieselbe Antwort von Herrn Gerriot erhalten. Er hat — es ist nicht zu glauben — nicht einmal mit der Faust auf den Tisch geschlagen und von dem Reichen der deutschen Gebild gesprochen. Warum, ihr tapferen Braunbenden, schreit ihr nicht: „Nieder mit der Regierung Papen!“?

Weil euer Führer sich mit ihm verbündet, weil Hitler und Goering diese zu tolerieren vertragen? — für entsprechende Gegendienst natürlich: Aufhebung des SA-Vertrages, Kundfunkreden und Reichstagsauflösung. Dafür wurde der Regierung Papen das Leben geschenkt mit all dem Schönen, was sie uns inzwischen geschenkt hat.

Warum, ihr Heerscharen des Rechts, ihr Hüter der Armen, schreit ihr nicht mehr: „Weg mit den Rotverordnungen!“, mit den alten und mit den neuen? Ihr kommt doch so tapfer schmälen bei den Abzügen und Kürzungen und Verminderungen, die nicht den fünften Teil so viel ausmachen, als sie jetzt über uns gekommen sind.

Schmerzt euch die Not der Arbeitslosen plötzlich nicht mehr, nachdem ihnen nicht 10 bis 15 Prozent, sondern bis zu 50 Prozent ihrer Bezüge genommen sind?

Stehen euch die Kriegsbeschädigten plötzlich nicht mehr so nahe? Habt ihr kein Mitleid mit den Invaliden, Witwen, Waisen, denen 6, 5, 4 M. je Monat abgezogen werden?

Sind euch die Beamten, Angestellten, Handwerker und Kaufleute gleichgültig, denen neue Steuern auferlegt wurden, Beschäftigungssteuern ohne Freigrenze in ungerechter Steigerung, Umsatzsteuer und Salzsteuer? Schreit doch laut: „Weg mit den Rotverordnungen!“ — „Weg mit der Regierung, die sie geschaffen hat!“

Wenn ihr's nicht mehr tut, wenn ihr's nicht mehr dürft, dann doch nur, weil diese Regierung auf den Schultern eures Führers steht, weil Hitler und Goering ihr Schonung und Duldung versprochen und diese Duldung üben trotz allen Attentaten auf die Lebenshaltung ihrer Wähler.

Und weil ihr diese Regierung schätzen wollt, deshalb haben eure 162 preussischen Landtagsabgeordneten den Saal verlassen, als dort der Antrag auf Rücktritt des Kabinetts Papen zur Abstimmung stand.

Deshalb werden wir hundertmal sagen: Ihr habt den Sturz von Brüning verlangt und damit die Regierung der Barone herbeigeführt, ihr habt die Beseitigung der Rotverordnungen versprochen und trotzdem dem Schlimmeren zum Erfolg verholfen!

Herr Goebbels kann noch so energisch befehlen, daß davon nicht gesprochen werden darf. Die Betroffenen selbst, die Invaliden, Witwen, Waisen, Unfallrentner, Arbeitslosen, Steuerzahler, werden davon reden, und sie werden gegebenenfalls euer Schweigen zu würdigen wissen. Keine Antwort ist auch eine Antwort!

In Hessen ist angefangen worden zu fragen, aber die Zeit war noch zu kurz. Deshalb, Genossen, fragt laut, fragt deutlich, fragt immer wieder, fragt so oft und so lange, bis sie — keine Antwort mehr geben können!

Am Rande des Bürgerkriegs

Heute Konferenz der Innenminister

Heute findet in Berlin die vom Reichsinnenminister Freiherrn von Papen einberufene Konferenz der Innenminister der Länder statt. In dieser Konferenz wird die Lage besprochen werden, wie sie sich in den wenigen Tagen seit der Aufhebung des SA-Vertrages und des Uniformverbotes herausgebildet hat. Diese Lage ist mit einem kurzen Satz bezeichnet: Deutschland steht am Rande des Bürgerkriegs. Der Ausgang dieser Länderkonferenz wird von entscheidender Bedeutung sein für den inneren Frieden und für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Unser Berliner Büro schreibt dazu:

Seit Tagen wird das Reichsinnenministerium von rechtsradikaler Seite scharf gemacht, damit es über die Verfassung hinweg in die Polizeibehörde der Länder eingreife. In der rechtsradikalen Presse und auf den beliebigen Hintertreppwegen wird ein Druck auf den Reichsinnenminister ausgeübt, der bis zu offenen Drohungen geht. Schon am Montag der Konferenz kündigten die Rechtsradikalen an, was sie erwarteten: entweder den Ausnahmezustand oder aber eine Rotverordnung, die praktisch den Ländern die Polizeibehörde nehme und zugleich den nationalsozialistischen Terror befreie und legalisieren würde. Das waren die Forderungen, die Hitler persönlich bei Papen erhoben hat. Würde das Reichsinnenministerium diesen rechtsradikalen Forderungen nachkommen, so wäre der ernsteste Verfassungskonflikt herausbeschworen und zugleich der innere Friede unheilvoll zerstört!

In der rechtsradikalen Agitation ist gegen die süddeutschen Länderregierungen eine Sprache angeschlagen worden, die Zeugnis davon ablegt, daß die Nationalsozialistische Partei gegenrevolutionäre Ziele gegen die verfassungsmäßigen Verhältnisse verfolgt. Am Vorabend dieser Länderkonferenz ist ferner von München aus eine neue Alarmmeldung ergangen, ähnlich jener, die am Vorabend des Sturzes des Kabinetts Brüning bekannt wurde und die in der Folge durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt wurde. Eine Meldung der Münchener Neuesten Nachrichten behauptet, daß abermals das Reichswehrministerium in stärkster Weise sich in die Politik einmische, daß Leute aus dem Reichswehrministerium, die an den Treibereien gegen

Groener beteiligt waren, den Pressefeldzug der Scharfmacher zum Druck auf das Reichsinnenministerium dirigiert hätten, und daß Herr von Schleicher auf dem Wege über den Ausnahmezustand nach der ganzen Nacht in Deutschland greifen wolle.

Nach diesem Vorpiel kommt der Länderkonferenz entscheidende Bedeutung zu! Als die sogenannte politische Notverordnung erlassen wurde, wurde gleichzeitig ein Brief des Reichspräsidenten veröffentlicht, der eine Mahnung an alle darstellte und der die Voraussetzungen umriß, unter denen die Aufhebung des SA-Vertrages und des Uniformverbotes erfolgt ist.

Die Ereignisse, die seitdem eingetreten sind, der offenkundig organisierte Aufruhr der hitlerischen Bürgerkriegsarmee, vor allem in München und in Köln, zeigen auf das deutlichste, daß die Voraussetzungen für die Aufhebung des SA- und des Uniformverbotes vollständig durchbrochen sind. Deutschland hat heute bereits jene bürgerkriegsähnlichen Zustände, die die Regierung Brüning befürchtete, wenn Hitlers Bürgerkriegsarmee weiterwüchsen könnte wie bisher!

Sammeltische in Berlin

D. Berlin, 22. Juni. (Fig. Funk.) In Berlin kam es am Dienstagabend in fast allen Stadtvierteln zu Schlägereien zwischen Kommunisten und Nazis. Eine Reihe von Beteiligten wurde verletzt.

Schießerei in Hamburg

D. Hamburg, 22. Juni. (Fig. Funk.) In einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es am Dienstagabend in Wandsbek. Die Nationalsozialisten veranstalteten im Schützenhof eine Sommerfeier, zu der sie in Truppen und einzeln amarschierten. Untermwegs wurde ein Teil der braunen Provokateure von Kommunisten verfolgt.

Noch bevor sich die Truppen einander genähert hatten, fiel aus den Reihen der Nationalsozialisten ein Schuß, worauf eine wilde Schießerei auf beiden Seiten einsetzte. Als der Leberfallwagen der Polizei erschien, ergrieffen die Kommunisten die Flucht, während die Nationalsozialisten weiter schossen. Inzwischen gab auch die Polizei eine Reihe von Schüssen ab. Es wurden vier Personen verletzt, davon zwei schwer.

Druck auf Gerriot

Amerika greift ein - es besteht auf Rüstungsverminderung

T. Lausanne, 21. Juni. (Fig. Draht.)

Auf direkte Veranlassung des amerikanischen Präsidenten Hoover fand gestern Abend in Morges nahe Lausanne eine außerordentlich wichtige Beratung statt, durch die Amerika, trotz allen früheren Ablehnungen, in die Lausanner Verhandlungen eingegriffen hat. Um diese Besprechung wurde das größte Geheimnis gebreitet; alle Beteiligten erschienen verabredungsgemäß in unauffälligen Privatwagen. Es nahmen daran teil von amerikanischer Seite Gibson und Norman Davies, von französischer Seite Gerriot und Marcel Ray.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch Verlesung einer amerikanischen Notiz, die darauf hinweist, daß die Zahlungen Europas an Amerika wesentlich geringer seien als der Betrag, den Amerika bei jeder möglichen Aussetzung der Reparationen und Kriegsschulden selbst zu tragen habe. Daher sei der amerikanische Vorschlag für die Herabsetzung der Heeresstärke unbedingt eine Formel, auf die Amerika nicht verzichten könne. Europa gibt wesentlich mehr für Rüstungen aus, als es an Amerika abzuführen habe. Gerriot betonte demgegenüber, daß Frankreich augenblicklich bei seinen Rekrutierungen auf die schlechten Kriegsjahrgänge angewiesen sei und daher eine nennenswerte Herabsetzung seiner Truppenzahl nicht ertragen könne. Die Amerikaner bestanden trotzdem darauf, daß

eine Verbindung von Nachlass der Reparationen und Herabsetzung der Rüstungen unbedingt durchgeführt werden müsse.

Man konnte sich im Verlaufe der Aussprache noch nicht einigen, doch verlautet hier in Lausanne, daß die Amerikaner eine Erklärung des Präsidenten Hoover im Repräsentantenhaus in den nächsten Tagen veranlassen würden, die bereits Bezug nehmen könne auf eine Verständigung mit Frankreich.

Den Verhandlungen lag weiter ein von Gerriot eingebrachter Plan für die Lösung der Sicherheitsfrage zugrunde, der von dem belgischen Juristen Bourquin ausgearbeitet ist. Er enthält im wesentlichen eine neue Auslegung des Artikels 10 der Völkerbundssatzungen, die eine genaue Bestimmung des Angreifers durch den Völkerbundrat ermöglichen soll. Die amerikanischen Unterhändler wollten gar nicht auf eine derartige Verschlebung des Problems eingehen, worüber es nochmals zu einer gewissen Spannung zwischen ihnen und den Franzosen kam.

Deutschlands ablehnende Haltung

Heute, kurz nach 2 Uhr nachmittags, erschienen Gibson und Norman Davies, begleitet vom englischen Außenminister Sir John Simon, bei Macdonald im Hotel Victoria, wo sie mehrere Stunden blieben. Wie bei der Weimarkonferenz in Morges, handelte es sich auch diesmal wieder um den Zusammenstoß zwischen finanziellen Fragen und Abrüstung.

Nach den Amerikanern empfing Macdonald wiederum Gerriot und Germain Martin. Die Verhandlungen gingen in beiden Fällen bereits in die Einzelfragen. Eine Einigungslinie ist indessen noch nicht zu sehen. In der Verhandlung Macdonalds mit Deutschlands Vertretern hat Macdonald nunmehr offiziell bekanntgegeben, daß Frankreich im Falle der endgültigen Liquidierung der Reparationen

eine gewisse Abhängigkeit verlangen müsse, und hat auch einen fertigen Vorschlag für eine solche Zahlung gemacht.

Die deutsche Vertretung steht dem Vorschlag ablehnend gegenüber; ja man erfährt aus sicherer Quelle, daß sich die Gegenläufige verweigert haben. Gerriot könne, so wird von französischer Seite betont, ohne Anerkennung irgendeiner deutschen Zahlungsverpflichtung, die nach seinem eigenen Vorschlag erst dann